



Die Finanzausstattung der sächsischen Kommunen 2018

	6.016 Mio. Euro Zuweisungen und Erstattungen vom Land
	3.431 Mio. Euro Steuern
	862 Mio. Euro Sonstige Zuweisungen und Erstattungen
	699 Mio. Euro Gebühren, Beiträge und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
	698 Mio. Euro Mieten, Pachten und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte
	643 Mio. Euro Weitere

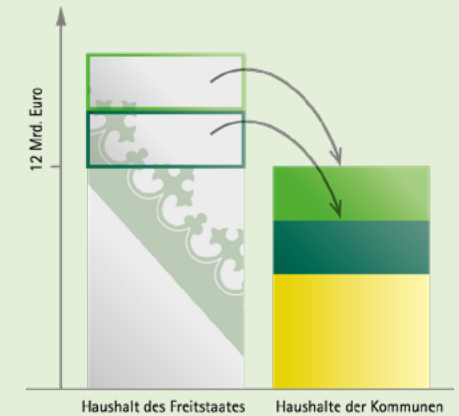
Finanzzuweisungen des Freistaates an seine Kommunen

Grundgesetz und Sächsische Verfassung verpflichten den Freistaat, im Rahmen seiner eigenen Leistungsfähigkeit dafür zu sorgen, dass die kommunalen Träger der Selbstverwaltung ihre Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen können. Dies beinhaltet insbesondere, dass den Kommunen eine ausreichende finanzielle Grundausrüstung allgemein zugesichert wird, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen über eine aufgabenadäquate Finanzausrüstung verfügen.

Die Ergänzung der eigenen Einnahmen der Kommunen durch staatliche Finanzzuweisungen erfolgt über den kommunalen Finanzausgleich oder außerhalb des Finanzausgleichs nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes.

Die Vielfalt des Freistaates Sachsen zeigt sich vor allem vor Ort in seinen Kommunen. Sie erfüllen neben dem Bund und dem Land eine Vielzahl wichtiger öffentlicher Aufgaben für die Bürger, schaffen ein lebenswertes Umfeld und notwendige Strukturen. Dabei unterstützt sie der Freistaat finanziell.

Insgesamt erhalten die sächsischen Kommunen im Jahr 2019 6,9 Milliarden Euro und im Jahr 2020 7,2 Milliarden Euro. Zusammen mit ihren eigenen Einnahmen stehen den Kommunen damit jährlich mehr als 12 Milliarden Euro zur Verfügung. Ihr Haushaltsvolumen entspricht damit dem des Freistaates nach Abzug der kommunalen Finanzzuweisungen.



Welche Einnahmen haben die sächsischen Kommunen?

Zuweisungen aus dem Staatshaushalt (außerhalb des Steuerverbundes)

Diese Mittel werden entweder auf Grund von Gesetzen oder auf Antrag nach speziellen Fachförderrichtlinien zweckgebunden bereitgestellt. Insgesamt sind dafür jeweils 3,5 Milliarden Euro in den Jahren 2019 und 2020 vorgesehen.
Ergebnis: Für wichtige Aufgabenbereiche stehen den Kommunen weitere Mittel zur Verfügung.

Zuweisungen über den kommunalen Finanzausgleich (innerhalb des Steuerverbundes)

Die Finanzausgleichsmasse beträgt im Jahr 2019 rund 3,4 Milliarden Euro und im Jahr 2020 rund 3,8 Milliarden Euro. Davon werden rund 90 Prozent als ungebundene Mittel bereitgestellt, über die die Kommunen frei verfügen können.
Ergebnis: Die allgemeine Finanzkraft der Kommunen wird verbessert und die kommunale Eigenverantwortlichkeit gestärkt.
insbesondere:

- insbesondere:
- Investive Zweckzuweisungen für die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur (z. B. Straßenbau)
- Zuweisung für die Förderung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Horterziehung (Kita-Pauschale)
- Zuweisung für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sowie Integration von Zuwanderern
- Zuweisungen für Kosten der Unterkunft und Heizung (Sonderlastenausgleich Hartz IV)

- Schlüsselzuweisungen
- Zuweisungen zum Ausgleich von Mehrbelastungen für übertragene Aufgaben
- Zuweisungen zum Ausgleich von Sonderlasten
- Zweckzuweisungen zur Förderung kommunaler Investitionen
- Bedarfsszuweisungen einschließlich Finanzhilfen zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung
- Zuweisungen an den kommunalen Strukturfonds

Eigene Einnahmen der Kommunen

Zur Finanzierung ihrer Aufgaben verfügen die Kommunen über verschiedene eigene Einnahmen. Entgelte und Steuern machen dabei etwas mehr als die Hälfte aus, wobei die Steuereinnahmen die wichtigste eigene Einnahmequelle sind.
Ergebnis: Eigene Einnahmen erhöhen die Gestaltungskraft der Kommunen.

- Gebühren, Beiträge und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- Steuern
- Mieten, Pachten und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte
- Weitere Zuweisungen und Erstattungen
- Sonstiges (z.B. Veräußerungserlöse)

Welche Aufgaben haben die sächsischen Kommunen?

- Freiwillige Aufgaben können die Kommunen eigenverantwortlich erledigen. Hierzu zählen Aufgaben im Bereich Sport und Freizeit, Tourismus sowie Wirtschaftsförderung.
- Weisungsfreie Pflichtaufgaben müssen die Kommunen erledigen. Wie sie dies vor Ort tun, bleibt aber grundsätzlich ihnen überlassen. Zu den Pflichtaufgaben zählen z. B. die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Kindertagesstätten und Schulträger-schaft, Friedhofswesen, Brandschutz und Bauleitplanung.
- Pflichtaufgaben nach Weisung müssen die Kommunen gemäß den Vorgaben des Freistaates erledigen. Darunter fallen beispielsweise Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Katastrophenschutzes, des Melde- und des Personenstandswesens sowie der Wohngeldbearbeitung.



Der kommunale Finanzausgleich

- macht kommunale Selbstverwaltung durch die angemessene Aufstockung der eigenen Einnahmekraft der Kommunen erst möglich,
- fördert die örtliche Eigenverantwortung durch einen hohen Anteil allgemeiner ungebundener Zuweisungen,
- sichert den Kommunen finanzielle Stabilität und Kontinuität für die Erfüllung ihrer Aufgaben,
- gleicht die zwischen den Kommunen bestehenden Finanzkraftunterschiede angemessen aus und
- gewährleistet den Kommunen finanzielle Handlungsfähigkeit – auch kurzfristig – in Ausnahmesituationen.

Wie funktioniert der kommunale Finanzausgleich?

Grundlage ist das Gesetz über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (SächsFAG). Damit regelt der Freistaat Sachsen seine Finanzbeziehungen zu den kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten und Landkreisen. Das SächsFAG ist

seit 1999 als Rahmengesetz mit unbestimmter Dauer ausgestaltet und wird regelmäßig überprüft sowie weiterentwickelt. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen steht dazu im fachlichen Austausch mit den kommunalen Landesverbänden und Vertretern der Wissen-

schaft. Die Beschlussfassung obliegt schließlich dem Sächsischen Landtag. Das Sächsische Finanzausgleichssystem ist bundesweit beispielgebend für eine gerechte und transparente Verteilung der Steuermittel zwischen dem Land und den Kommunen.

Vertikaler Finanzausgleich

Wie wird die Höhe des kommunalen Finanzausgleichs bestimmt?

Im Freistaat Sachsen bemisst sich die Finanzausgleichsmasse nach dem **Gleichmäßigkeitsgrundsatz**. Danach sollen sich die Gesamteinnahmen der Kommunen aus Steuern zuzüglich der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich gleichmäßig zu den Gesamteinnahmen des Freistaates abzüglich der den Kommunen zufließenden Finanzausgleichsmasse im kommunalen Finanzausgleich entwickeln. Das bedeutet, wenn die Steuereinnahmen der Gemeinden stärker wachsen als die Steuerein-

nahmen des Landes, muss der Freistaat weniger Geld geben. Wachsen hingegen die Steuereinnahmen der Gemeinden langsamer als die des Landes, erhöht der Freistaat seine Zuweisungen. Nach Anwendung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes wird die Finanzausgleichsmasse um Mittel für den sogenannten **Mehrbelastungsausgleich** aufgestockt. Denn die Sächsische Verfassung verpflichtet den Gesetzgeber zum Ausgleich jener finanziellen Mehrbelastung, die den Kommunen dadurch entsteht, dass der Freistaat ihnen Aufgaben überträgt, freiwillige

Aufgaben in Pflichtaufgaben umwandelt oder bestehende Aufgaben ändert. Soweit solche Mehrkosten nicht bereits durch zugehörige Entgelte oder im Rahmen des jeweiligen Fachgesetzes gedeckt werden, erfolgt ihr Ausgleich im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen wird finanzkraftunabhängig nach besonderen Indikatoren (z. B. nach Einwohnern, Straßenkilometern, Fläche) vorgenommen.

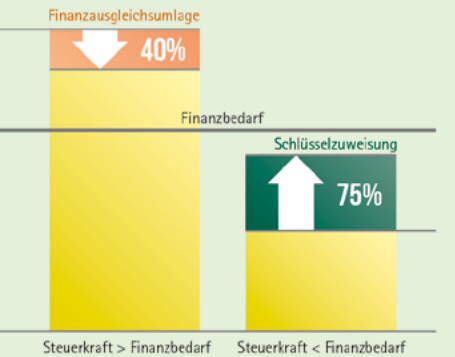
Horizontaler Finanzausgleich

Wie werden Unterschiede in der Finanzkraft zwischen den Kommunen angeglichen?

Zwischen den Gemeinden und zwischen den Landkreisen gibt es Unterschiede in der kommunalen Einnahmekraft, die mittels Schlüsselzuweisungen angeglichen werden. Die Schlüsselzuweisungen bilden den größten Teil der vom Freistaat zur Verfügung gestellten Finanzausgleichsmasse. Diese Mittel stehen den Kommunen überwiegend (rund 90 Prozent) zur freien Verwendung zur Verfügung. Der Rest ist für eine investive Verwendung vorgesehen. Die Schlüsselzuweisungen werden nach einer für alle Kommunen geltenden Formel verteilt. Sie vergleicht den anhand objektiver Kriterien errechneten fiktiven Finanzbedarf einer Kommune mit ihrer Steuerkraft. Wird ein Fehlbetrag ermittelt, so wird dieser zu 75 Prozent durch **Schlüsselzuweisungen** ausgeglichen. Bei gleichem Finanzbedarf erhalten somit Gemeinden mit geringer Steuerkraft mehr Schlüsselzuweisungen als Gemeinden mit hoher Steuerkraft.

Der im Finanzausgleich verwendete Finanzbedarf wird in erster Linie anhand der Einwohnerzahl sowie der Schülerzahl gemessen. Kreisangehörige Gemeinden, deren Steuerkraft den Finanzbedarf übersteigt (sogenannte abundante Gemeinden), erhalten keine Schlüsselzuweisungen. Sie zahlen eine **Finanzausgleichsumlage** in Höhe von maximal 40 Prozent des Steuerkraftüberschusses. Die Einnahmen aus dieser Umlage fließen zusätzlich in die zu verteilende Schlüsselmasse und bleiben somit vollständig im kommunalen Bereich.

Wirkung des Finanzkraftausgleichs



Sie stehen den finanzschwachen Gemeinden sowie jenen Landkreisen zur Verfügung, in denen diese abundanten Gemeinden ihren Sitz haben. Damit die Gemeinden nicht allein auf die Unterstützung des Freistaates setzen, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene Einnahmepotentiale an Steuern und Abgaben ausnutzen, wird bei der Berechnung der Steuerkraft aus der Gewerbesteuer- sowie den Grundsteuern jeweils ein einheitlicher, sogenannter Nivellierungshebesatz angewendet. So wird die Steuereinnahmekraft der Gemeinden vergleichbar gemacht. Für die Berechnung von Schlüsselzuweisungen und Finanzausgleichsumlage spielt es daher keine Rolle, welche Steuerpolitik die einzelne Gemeinde mit der Festlegung ihrer Hebesätze verfolgt und inwieweit diese vom Nivellierungshebesatz nach oben oder unten abweichen. Der Nivellierungshebesatz basiert auf dem Landesdurchschnitt der jeweiligen vorhandenen Hebesätze der Gemeinden.

Die weitere Verwendung der Finanzausgleichsmasse

Wofür werden die Gelder aus dem kommunalen Finanzausgleich insbesondere noch verwendet?

Während die Schlüsselzuweisungen finanzkraftabhängig verteilt werden, gibt es im Finanzausgleich neben dem Mehrbelastungsausgleich noch weitere Zuweisungen, die unabhängig von der kommunalen Einnahmekraft nur nach sachlichen Kriterien verteilt werden. Hierzu zählen insbesondere:

Zuweisungen zum Ausgleich von Sonderlasten

- **für den Straßenbau**

Kommunen erhalten einen je Straßenart unterschiedlich festgelegten Betrag je Straßenkilometer für den Bau und die Unterhaltung von Straßen, soweit sie gesetzlicher Träger der Straßenbaulast sind. Zusätzlich wird höher gelegenen Kommunen ein Zuschlag je Straßenkilometer für die erhöhten Lasten des Winterdienstes gezahlt. Ab dem Jahr 2020 werden den Kommunen außerdem pauschal Mittel für Instandsetzungs-, Erneuerungs- und Erstellungsmaßnahmen an Straßen und Radwegen zugewiesen.

- **für Kultur**

Die gesetzlich gebildeten Kulturräume werden finanziell unterstützt.

Zweckzuweisungen zur Förderung kommunaler Investitionen

Zusätzlich zum Straßenbau erhalten die Kommunen weitere investive Zweckzuweisungen zur Sanierung und Entwicklung der kommunalen Infrastruktur. Aus der Finanzausgleichsmasse werden dazu Fördermittel für infrastrukturelle Schwerpunktbereiche (zum Beispiel Krankenhausbau, Brandschutz, Schulhausbau und Abwasserentsorgung) weitgehend in Ergänzung gleichartiger Förderprogramme des Landeshaushalts bereitgestellt.

Bedarfszuweisungen

Kommunen, die einen besonderen Finanzbedarf aufgrund außergewöhnlicher Belastungen haben, können einen Antrag auf ausgleichende Zuweisungen stellen. Der besondere Bedarf kann unter anderem entstehen durch:

- eine Haushaltskonsolidierung,
- die Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen, zum Beispiel aufgrund starker, unvorhersehbarer Ausfälle im Steueraufkommen oder lokal begrenzter, größerer Havarie- und Katastrophenfälle,
- die Ausbildung von eigenen Fachkräften und
- die Schaffung digitaler Infrastruktur und die Digitalisierung.

Ein Rechtsanspruch auf Bedarfszuweisungen besteht nicht.

Zuweisungen an den Kommunalen Strukturfonds 2020

Der Strukturfonds dient der Abfederung von Finanzkraftverschiebungen, die sich aus strukturellen Veränderungen in künftigen sächsischen Finanzausgleichsgesetzen ergeben können.

	2019	2020
Finanzausgleichsmasse	3,4 Mrd.	3,8 Mrd.
davon:		
Schlüsselzuweisungen	2,8 Mrd.	3,1 Mrd.
Mehrbelastungsausgleich	279 Mio.	279 Mio.
Kommunaler Strukturfonds	-	116,5 Mio.
Bedarfszuweisungen	110 Mio.	60 Mio.
Straßenlastenausgleich Pauschale	101 Mio.	101 Mio.
	-	60 Mio.
Kulturlastenausgleich	31 Mio.	31 Mio.
Investive Zweckzuweisungen	51 Mio.	29 Mio.

IMPRESSUM

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

Herausgeber

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Carolaplatz 1, 01097 Dresden
Tel.: (0351) 564-40062
Fax: (0351) 564-40069
E-Mail: presse@smf.sachsen.de
Internet: http://www.smf.sachsen.de

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Dieses Faltblatt stellt die Finanzbeziehungen des Freistaates zu seinen Kommunen vereinfacht dar. Weitere und ausführlichere Informationen, insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich, finden Sie in unserer Broschüre „Die Gemeinden und ihre Finanzen“, die Sie telefonisch unter (0351) 210 36 71/72 bestellen oder barrierefrei unter www.publikationen.sachsen.de downloaden können.